



Aktuelles zum Leistungsprinzip im Beamtenrecht des Bundes

Nach Art. 33 GG bestimmt sich der Zugang zu öffentlichen Ämtern nach Eignung, Befähigung und Leistung. Die nachfolgende Darstellung legt kurz die wesentlichen Aspekte der Stärkung des Leistungsprinzips in der aktuellen Gesetzesänderung zum Beamtenrecht dar.

Die neue Bundeslaufbahnverordnung BLV

Tragende Säule der neuen Verordnung über die Laufbahnen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten (Bundeslaufbahnverordnung – BLV) in der ab dem 14.2.2009 geltenden Fassung ist die **Stärkung des Leistungsprinzips** auf der Basis von Art. 33 Abs. 2 GG und § 3 BLV. Im Wesentlichen gibt es folgende Neuregelungen:

- Die neue BLV setzt bereits im **Stellenbesetzungsverfahren** an. Nach § 4 BLV sind grundsätzlich alle Stellen auszuschreiben. Hiervon lässt die Verordnung allerdings in den Absätzen 2 und 3 erhebliche Ausnahmen zu. Nach Auffassung des Verfassers könnte eine konsequente Umsetzung wegen der relativ unpräzisen Öffnungsklausel in § 4 Abs. 3 BLV, wonach allgemein oder in Einzelfällen von Stellenausschreibungen abgesehen werden kann, wenn Gründe der Personalplanung oder des Personaleinsatzes entgegenstehen, problematisch werden.
- Die **Dauer der Probezeit** wurde verlängert. Nach § 28 BLV beträgt die regelmäßige Probezeit nunmehr drei Jahre statt wie bisher zwischen einem Jahr und drei Jahren, gestaffelt nach den ansteigenden Laufbahnen. Während der Probezeit sind jetzt zwei Beurteilungen vorgeschrieben, nach der Hälfte der Probezeit und vor dem Ende der Probezeit. Zur Steigerung der Verwendungsbreite sollen die Beamtinnen und Beamten in der Probezeit mindestens in zwei Verwendungsbereichen eingesetzt werden (§ 28 Abs. 4 BLV). Bei Nichtbewährung hat die Entlassung spätestens bis zum Ende der Probezeit zu erfolgen. Die Möglichkeit zur Übernahme in eine niedrigere Laufbahn bei Vorliegen eines dienstlichen Interesses (§ 7 Abs. 8 BLV aF) ist entfallen.
- Die möglichen **Laufbahnen wurden auf neun reduziert** (§ 6 Abs. 2 BLV). Hierdurch wird die Verwendungsbreite der Beamtinnen und Beamten erhöht. Die vier Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes sind beibehalten worden. Die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Laufbahngruppen sind für den Bund in § 17 BBG neu festgelegt worden.
- In der BLV werden die **sich aus den Laufbahnen ergebenden Ämter** in der Anlage 1 dargestellt (§ 9 Abs. 1 BLV). Durch die Regelung der Vorbereitungsdienste in §§ 10 bis 17 BLV werden den obersten Dienstbehörden weite Spielräume zu deren Ausgestaltung geschaffen.
- Bei **Vorliegen besonderer Qualifikationen** kann der Beamte auch in einem höheren Amt als dem Eingangsamt eingestellt werden (§ 25 BLV, § 20 BBG). Erstmals wurde eine Pflicht des Beamten zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildung in das BBG aufgenommen (§ 61 Abs. 2 BBG).
- Der **Wechsel zwischen den einzelnen Laufbahnen** wurde konkreter geregelt (§§ 42 bis 45 BLV) mit dem Ziel, Laufbahnwechsel zu erleichtern und mehr Flexibilität beim Personaleinsatz zu ermöglichen. Gleichzeitig wurden in § 42 Abs. 2 BLV Mindestzeiten für den Erwerb der Befähigungsqualifikation festgelegt. Für die Laufbahnen des wissenschaftlichen Dienstes schafft § 43 BLV eine Grundlage für die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppen A 13 bis B 4.
- Eine weitere Präzisierung des Leistungsprinzips ist in der **neuen Regelung zum Dienstherrenwechsel** in § 44 BLV enthalten, die auf die Vorschriften zur Laufbahngestaltung und zur Anerkennung von Befähigungen verweisen.



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 2/Juli 2009



- Neu sind gleichfalls die **Regelungen über den Aufstieg** in §§ 35 bis 41 BLV. Die Möglichkeit des Bewährungsaufstieges ist entfallen. In den Fällen des bei Inkrafttreten der Novelle bereits laufenden Aufstiegsverfahrens gelten nach § 54 BLV die Vorschriften der BLV aF weiter. Die Vorschriften für den Aufstieg wurden zur Schaffung eines dienstherrenübergreifenden Mindeststandards für das vorzunehmende Auswahlverfahren (§ 36 BLV), die Teilnahme an Vorbereitungsdiensten (§ 37 BLV) und die fachspezifische Qualifikationen (§§ 38 f BLV) erheblich präzisiert.
- In der BLV sind die **Anforderungen an eine Beurteilung** konkretisiert worden (§ 49 BLV). Hinsichtlich der fachlichen Leistungen (§ 49 Abs. 2 BLV) sind konkretere Beurteilungsansätze benannt worden, um eine dienstherrenübergreifende Vergleichbarkeit von Beurteilungen zu gewährleisten. Die Beurteilungszeiträume sind von fünf auf drei Jahre verkürzt worden (§ 48 Abs. 1 BLV) unter gleichzeitiger Verschärfung der Beurteilungsmaßstäbe. Nach § 50 BLV sollen der Anteil der Beamtinnen und Beamten mit der höchsten Note 10 % (BLV aF: 15 %) und der Anteil mit der zweithöchsten Note 20 % (BLV aF: 35 %) nicht übersteigen. Hier wird die Praxis zeigen müssen, ob dies unter anderem im Interesse der Gleichbehandlung der Beamten zu der angestrebten Beurteilungsgerechtigkeit und Vergleichbarkeit führen wird.

Die Leistungsbesoldung

Ein weiterer Ausfluss der Verstärkung des Leistungsprinzips im Beamtenrecht ist die Leistungsbesoldung, die weiter ausgestaltet worden ist.

- Derzeit ist die **Leistungsbesoldung** ein wichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion. Dies verwundert um so mehr, als die grundlegende Möglichkeit hierfür bereits durch die Dienstrechtsreform im Jahre 2002 geschaffen wurde. Eine wesentliche Neuerung liegt nunmehr allerdings in der Regelung des § 42 a BBesG, mit dem festgelegt wurde, dass das Haushaltsbudget, welches für die Leistungsbesoldung existiert, auch nur alleine hierfür genutzt werden darf.
- Nach § 27 Abs. 7 BBesG kann bei dauerhaft herausragenden Leistungen Beamten und Soldaten der Bundesbesoldungsordnung A für den Zeitraum bis zum Erreichen der nächsten Stufe das **Grundgehalt der**

nächsthöheren Stufe gezahlt werden (Leistungsstufe). Andererseits kann für den Beamten oder Soldaten, dessen Leistungen nicht den Anforderungen des Amtes entsprechen, angeordnet werden, dass er auch bei förmlichem Erreichen der nächsten Leistungsstufe in seiner bisherigen Leistungsstufe verbleibt. Hierfür muss eine geeignete Leistungsfeststellung vorliegen, die nicht älter als 12 Monate sein darf. In diesem Falle erfolgt die Einordnung des Beamten oder Soldaten in die nächste Leistungsstufe nicht turnusgemäß, sondern mit Beginn des Monats, in dem eine erneute Leistungsfeststellung ergibt, dass der Beamte oder Soldat den Anforderungen an das Amt wieder entspricht (§ 27 Abs. 6 BBesG).

*Rechtsanwalt Christian Beducker
www.beducker.de*



Produktipp

Baßlsperger

Einführung in das neue Beamtenrecht

Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,

weitere Lizenzen auf Anfrage. ISBN 978-3-8073-0128-0

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungshilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. Praktische Beispiele des Vorreiters Bayern, das als erstes Land ein neues Landesbeamtengesetz erlassen hat, weisen den Weg in die beamtenrechtliche Praxis der Länder. So wird die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für die Anwender in allen Bundesländern deutlich.

Extrem praktisch: Arbeitshilfen, wie z. B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle weisen den Weg.

Leicht verständlich: Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen.

Schnell lesbar: Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen direkt in die relevanten Normen.

Optimal erschlossen: Sicheres und schnelles Navigieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durchdachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



Reinhören: das Interview mit Herrn Dr. Baßlsperger zur Beamtenrechtsreform

www.das-neue-beamtenrecht.de

[Testzugang anfordern]



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 2/Juli 2009



Das Bundesinnenministerium stellt sich vor

Das Bundesinnenministerium (BMI) stellt sich auf seiner Homepage ausführlich als moderner Arbeitgeber vor. Das Ministerium beschäftigt mehr als 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die meisten in Berlin, etwa ein Fünftel in Bonn. Rund 1.000 davon sind Beamte, gut 500 Tarifbeschäftigte. Durchschnittlich etwa 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden jährlich neu eingestellt oder aus anderen Behörden ins BMI versetzt.

Durch Umsetzung, Auslandsverwendung oder Fortbildung ist das Personal ständig in Bewegung.

Zu den wichtigsten Personalthemen gibt es auf der Homepage ausführliche Informationen:

- Personalentwicklung
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Fortbildung
- Internationale Verwendung
- IT-Fachkräftegewinnung
- Berufsausbildung
- Praktikum und Referendariat
- Gleichstellung von Männern und Frauen

Außerdem ist dort ein Podcast zu finden, in dem die Beschäftigungsfelder in dieser Behörde vorgestellt werden sowie ein Interview mit Staatssekretär Dr. Beus über den Bereich „Personal“ im BMI.

Mehr Informationen:

<http://www.bmi.bund.de/DE/Ministerium/Hausvorstellungen/hausvorstellungen.html>

Das Bundesinnenministerium hat darüber hinaus eine Broschüre aufgelegt, in der die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für ein funktionierendes Gemeinwesen dargestellt wird. Thematisiert sind darin auch die umfangreichen Reformen der letzten Jahre. Die Broschüre stellt im Wesentlichen den öffentlichen Dienst des Bundes dar und spiegelt die neue Rechtslage wider. Die statistischen Daten haben überwiegend den Stand 30. Juni 2007 (Umfang: 115 Seiten; Stand: Mai 2009).

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/2009/oed.html>

40-Stunden-Woche

Der Bayerische Beamtenbund hat eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche gefordert. Seit 2004 arbeiten Beamtinnen und Beamte in Bayern 42 Stunden und damit mehr als in anderen Bundesländern – Hessen und Thüringen ausgenommen. Außerdem würden durch eine Reduzierung die Arbeitszeiten an die geringere Wochenarbeitszeit der Angestellten angepasst werden.

Auch in Hessen fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. So könnten mehr jüngere Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden.



Produkttip

Kathke/Pfeffer/Speckbacher
Beamtenrecht
Checklisten, Muster



Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-7685-8360-2
€ 98,00
zzgl. Aktualisierungslieferungen

Das Loseblattwerk Beamtenrecht - Checklisten und Muster bietet eine effiziente Arbeitshilfe für die schnelle und sichere Erledigung beamtenrechtlicher Maßnahmen. Dargestellt werden die beamtenrechtlichen Vorgänge, die in der täglichen Praxis immer wieder anfallen.

Checklisten zeigen auf, welche rechtlichen Voraussetzungen für eine Entscheidung zu beachten sind.

Zahlreiche Muster helfen Ihnen bei der Umsetzung (z. B. Urkunden und andere Verfügungen).

Anmerkungen erläutern und verdeutlichen die Muster.

Durch die Loseblattform sind Sie immer auf aktuellsten Stand.

Das Beamtenrecht wird überschaubar aufbereitet und leicht verständlich gemacht. Zur besseren Übersicht wird exemplarisch auf die Gesetze des Bundes, Bayerns und Nordrhein-Westfalens verwiesen. Über Synopsen sind aber auch die anderen Bundesländer erschlossen.

[\[mehr Info\]](#)



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 2/Juli 2009



Veranstaltungen

- **Demographiekongress:** Am 1./2. September 2009 findet im dbb Forum Berlin der 4. Demographiekongress statt. Das diesjährige Thema lautet „Best Age in der Verwaltung – Den Wandel gestalten“.

In den letzten Jahren ist der demographische Wandel in der Politik von Bund, Ländern und Kommunen angekommen. Zahlreiche Strategien und Programme wurden entworfen und durchgeführt – und meistens auch auf dem Demographie-Kongress „Best Age“ der Behörden Spiegel-Gruppe präsentiert.

Quo vadis Demographiepolitik? Dieser Frage geht die zweitägige Veranstaltung nach.

Mehr Informationen und das Programm sind zu finden unter <http://www.best-age-conference.com>.

- **Personalkongress:** Am 10./22. November 2009 findet in Düsseldorf der 3. rehm-Personalkongress für Führungskräfte im öffentlichen Dienst statt.

Auch in diesem Jahr stehen wieder zahlreiche interessante Vorträge und Workshops auf dem Programm. Nehmen Sie aktiv teil am Meinungsaustausch mit Referenten und Kollegen rund um die aktuellen Themen, die Führungskräfte im öffentlichen Sektor bewegen.

Vielleicht möchten Sie sich schon jetzt Ihren Platz sichern und den Termin in Ihrem Kalender vormerken? Dann melden Sie sich bei: Mike Aschenbrenner, Tel.: 0 81 91/125-133

E-Mail: mike.aschenbrenner@managerakademie.de

Hier finden Sie das Programm, ein Fax-Formular für die Anmeldung oder die Online-Anmeldung.

- **Schöneberger Forum:** Auch das Schöneberger Forum widmet sich in diesem Jahr dem Thema Demographie. Am 17./18. November 2009 geht es im Schöneberger Rathaus in Berlin um Nachwuchsgewinnung und Gesundheitsförderung, Altersversorgung und die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes. Risiken und Chancen des demographischen Wandels können dort ausgiebig diskutiert werden.

Mehr dazu unter <http://www.schoeneberger-forum.de>.



Produkt Tipp

Auerbach

Das neue Bundesbeamtengesetz

Synopse mit Kurzerläuterungen zu den Änderungen im BBG



Softcover,
ISBN 978-3-8073-0111-2,
€ 29,90

Die Synopse bietet eine ideale Übersicht über die Änderungen im Statusrecht der Bundesbeamten. Mit ihrer Hilfe können sich die Kunden über die Gesetzesänderungen schnell und präzise informieren und bekommen einen optisch aufbereiteten Schnelleinstieg in die Materie. Die alten und neuen Regelungen sind einander in Tabellenform gegenübergestellt, wobei die textlichen Änderungen gekennzeichnet sind. Kurzerläuterungen zur Relevanz der Änderungen erleichtern das Verständnis und helfen bei der inhaltlichen Zuordnung der praktischen Themen- und Fragestellungen zu den neuen Regelungen.

[\[mehr Info\]](#)